

An den  
Bürgermeister der Stadt Kreuztal  
Herrn Rudolf Biermann  
Rathaus  
57223 Kreuztal

**CDU Fraktion im Rat der Stadt Kreuztal**

27. Oktober 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU Fraktion bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung zur Beschlussfassung aufzunehmen:

**Der Rat der Stadt Kreuztal beschließt, in der Angelegenheit "Friedrich-Flick-Gymnasium" im Wege eines Rats-Bürgerentscheides gem. § 26 Abs. 1 S. 2 der GO NRW eine Entscheidung darüber zu erwirken, ob der Name der Schule geändert werden soll. Weiter beschließt der Rat, dass die Fragestellung im Bürgerentscheid wie folgt lauten soll: Ich bin für eine Umbenennung des "Friedrich-Flick-Gymnasiums" in "Städtisches Gymnasium Kreuztal" (JA) (Nein)".**

Um dieses Verfahren zu ermöglichen, möge die Verwaltung auch eine entsprechende Satzungsänderung vorbereiten und in derselben Ratsitzung beschließen lassen.

#### **Begründung:**

Im Februar dieses Jahres wurde eine in diesem Umfang in Kreuztal noch nicht da gewesene Diskussion um die Namensgebung des Gymnasiums in Gang gesetzt, die bis heute anhält und alle Schichten der Kreuztaler Bürgerschaft mit einbezogen hat. Dies ist aus vielen Leserbriefen in der Presse, aber auch an der Beteiligung unserer Bürgerinnen und Bürger an Informationsveranstaltungen und im öffentlichen Raum ersichtlich.

Ein breit gefächertes Meinungsbild wird dabei offenbar und lässt erkennen, dass eine wie auch immer geartete Entscheidung zum Namen dieser Schule durch den Rat viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit dem Gefühl zurücklassen würde, trotz gegebener gesetzlicher Möglichkeit von dieser für Kreuztal so wichtigen Entscheidung ausgeschlossen zu sein. Dies wurde uns in vielen Gesprächen gerade in letzter Zeit deutlich.

Der Rat der Stadt Kreuztal hat mit einer übergroßen Mehrheit diese Diskussion nicht gewollt und aus sich selbst heraus auch nicht angefangen. Noch dazu liegt trotz aller kontroversen Diskussionen bis heute kein Antrag aus dem parlamentarischen Raum vor, der zu behandeln wäre. Trotzdem und gerade wegen der zunehmend von Emotionen getragenen Diskussion ist zeitnaher Handlungsbedarf unverkennbar.

In dieser Situation haben wir uns nach eingehenden Beratungen dazu entschieden,

die Bürger unserer Stadt an dieser so wichtigen Entscheidung für oder gegen den Namen des Gymnasiums zu beteiligen, auch wenn wir uns möglicherweise dem Vorwurf ausgesetzt sehen, den Antrag nicht viel früher gestellt zu haben.

Nach wie vor halten wir grundsätzlich an dem Prinzip der Repräsentativen Demokratie fest, nach dem die von der Bürgerschaft gewählten Vertreter die Entscheidungen in den Räten treffen. Wir halten deshalb auch einen sehr restriktiven Umgang mit diesem Instrument für geboten. Gleichwohl hat nicht umsonst der Gesetzgeber die Möglichkeiten einer Bürgerentscheidung in Sonderfällen geschaffen und in der letzten Fassung sogar noch erweitert und die Möglichkeit des Ratsbürgerentscheides auch mit ausschließlicher Briefwahl eröffnet.

Somit können die Kosten des Verfahrens auf einem verantwortbaren Niveau gehalten werden. Dieses Verfahren kann zeitlich so gestaltet werden, dass bei Nichterfüllung der Mindest-Bürgerbeteiligung (20% der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger) eine dann unumgängliche abschließende Ratsentscheidung in der Dezember-Sitzung erfolgen kann.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir sind mit Ihnen der Meinung, dass auch und trotz eines nicht vorliegenden konkreten Umbenennungsantrages Handlungsbedarf zur Beendigung dieser langwierigen und schwierigen Diskussion, die für sicherlich viele Menschen ein Dilemma darstellt, besteht. Wir sehen in unserem Antrag dazu keinen Widerspruch, vielmehr wollen wir sehr zeitnah die Legitimität dieser Entscheidung zum Schulnamen auf der Basis einer breiten Bürgerbeteiligung bestätigt wissen.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Müller  
Fraktionsvorsitzender